



UNIVERSITÄT  
DUISBURG  
ESSEN

*Offen im Denken*

## ***Erste Ergebnisse der Befragungen***

***20 Jahre Unionsbürgerschaft. Fortschritte und Herausforderungen***

## Erste Ergebnisse der Befragungen 20 Jahre Unionsbürgerschaft. Fortschritte und Herausforderungen

### Auf den Punkt gebracht ...

Im vergangenen Jahr haben Studierende der Universität Duisburg-Essen (UDE) im Rahmen des von der Stiftung Mercator geförderten Lehrforschungsprojekts „20 Jahre Unionsbürgerschaft. Fortschritte und Herausforderungen“ insgesamt 382 Duisburger Bürger dazu befragt, wie sie zu europa- und kommunalpolitischen Themen stehen. Hierzu wurde am 11. Oktober sowie vom 13. bis zum 15. Dezember 2013 in ausgewählten Stadtteilen eine standardisierte Befragung durchgeführt. Darin wurden Einwohner Duisburgs zu ihren Ansichten und Einstellungen bezüglich der Unionsbürgerschaft, den damit verbundenen Rechten und den bevorstehenden Europa- und Kommunalwahlen befragt. Die Präsentationen der Ergebnisse finden statt am:

Dienstag, den 4. Februar 2014, um 18 Uhr  
im Gerhard-Mercator-Haus der UDE  
Lotharstr. 57, 47057 Duisburg

Montag, den 28. April 2014, um 18 Uhr  
im Konferenz- und Beratungszentrum „Der Kleine Prinz“  
Schwanenstr. 5-7, 47051 Duisburg

Donnerstag, den 22. Mai 2014, um 18 Uhr  
im Konferenz- und Beratungszentrum „Der Kleine Prinz“  
Schwanenstr. 5-7, 47051 Duisburg

Im Folgenden werden die drei Themenblöcke, die bislang aus dem Fragebogen abgeleitet und von den Studierenden analysiert wurden, kurz vorgestellt. Eine weitere Befragung findet zwischen dem 25. und 27. April 2014 statt. Die Ergebnisse sind nicht repräsentativ.

### I. Unionsbürgerschaft

In diesem Themenblock sind Fragen enthalten, die die 1993 mit dem Vertrag von Maastricht geschaffene Unionsbürgerschaft betreffen. Im Fragebogen wurden gezielt Fragen gestellt, die eine Aussage über die Kenntnis des Begriffs „Unionsbürgerschaft“ und den damit verbundenen Rechten ermöglichen.

## Erste Ergebnisse der Befragungen 20 Jahre Unionsbürgerschaft. Fortschritte und Herausforderungen

Die Mehrheit der Befragten ist mit dem Begriff „Unionsbürger der Europäischen Union“ vertraut (76%). Allerdings geht die Bekanntheit des Begriffs nicht zwangsläufig mit seinem Verständnis einher. Nur ein Drittel der Befragten (33%) gibt an, mit dem Begriff vertraut zu sein und zugleich auch zu wissen, was dieser bedeutet. Etwas mehr als vier von zehn Befragten (43%) haben den Begriff zwar schon einmal gehört, sind sich aber nicht sicher, was dieser tatsächlich bedeutet. Ein Viertel der Befragten (25%) gibt an, den Begriff „Unionsbürger der Europäischen Union“ noch nie gehört zu haben.

Aus den spontanen Assoziationen mit dem Begriff „Unionsbürgerschaft“ lassen sich drei Aspekte herausstellen, was die Unionsbürgerschaft für die Befragten am stärksten symbolisiert. Nahezu ein Drittel der Befragten (32%) verbindet mit dem Begriff der Unionsbürgerschaft die Gemeinschaft und Solidarität zwischen den europäischen Staaten. Die zweite Gruppe umfasst die Assoziationen europäischer Staatsbürger oder Mitglied der EU zu sein (24%). Nahezu jeder fünfte Befragte (17%) verbindet mit dem Begriff die Freizügigkeit von Personen, Waren und Dienstleistungen. Auffällig ist, dass immerhin mehr als vier von zehn Befragten (41%) spontan nichts mit dem Begriff der Unionsbürgerschaft assoziieren können.

Insgesamt sind sich die Befragten den meisten ihrer Unionsbürgerrechte bewusst. Die Mehrheit der Bürger kennt vor allem das Recht auf Freizügigkeit innerhalb der EU (85%). Auch die Möglichkeit der Mitwirkung bei einer europaweiten Bürgerinitiative ist den meisten geläufig (79%), ebenso wie das Recht auf konsularischen Schutz (66%).

Mit den Wahlrechten sind die Befragten deutlich weniger vertraut. Nur ein Drittel der Befragten (33%) ist sich der Tatsache bewusst, dass Unionsbürger, die in einem anderen EU-Mitgliedsstaat wohnen, auch an den dortigen Kommunalwahlen teilnehmen dürfen oder selber für ein kommunales Amt kandidieren können. Hingegen sind mehr als zwei Drittel der Befragten (69%) fälschlicherweise der Meinung, in anderen EU-Mitgliedsstaaten wohnende Unionsbürger könnten an den dortigen nationalen Wahlen teilnehmen.

## II. Freizügigkeit

Die Europäische Union basiert im Wesentlichen auf den Grundfreiheiten des Europäischen Binnenmarktes. Die Akzeptanz von Freizügigkeit inner-

## Erste Ergebnisse der Befragungen

### 20 Jahre Unionsbürgerschaft. Fortschritte und Herausforderungen

halb der EU wird hierbei als Kernelement angesehen, weshalb eine Benachteiligung ausländischer Mitbürger diesem Grundgedanken widersprechen würde. Im Fragebogen wurden diesbezüglich Fragen zur eigenen Ansässigkeit im EU-Ausland, als auch über die Haltung gegenüber dem Zuzug von Bürgern aus anderen europäischen Staaten gestellt. Außerdem wurde eine eventuelle Benachteiligung im europäischen Ausland thematisiert.

Nur etwa jeder zehnte Befragte (12%) gab an, bereits selbst einmal in einem anderen EU-Mitgliedsstaat wohnhaft gewesen zu sein. Beinahe drei Viertel der Befragten (72%) waren noch nie in einem anderen EU-Mitgliedsland ansässig.

Lediglich eine Minderheit der Befragten (17%) hat bereits aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit eine praktische Benachteiligung oder Herabwürdigung in einem anderen EU-Mitgliedsstaat erlebt. Eine deutliche Mehrheit hat derartige Erfahrungen noch nie gemacht (83%).

Dieses positive Bild deckt sich mit dem, was die Befragten über Staatsangehörige aus anderen EU-Mitgliedstaaten meinen, die in ihr Land kommen – die meisten sehen dies positiv. Rund ein Drittel der Befragten (28%) verbindet mit der Freizügigkeit innerhalb der EU die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Identität. Knapp ein Viertel (22%) ist der Meinung, Freizügigkeit bedeute kulturelle Vielfalt. Das Hauptbedenken, das geäußert wird, bezieht sich auf die vermeintlich höhere Kriminalität durch einen Zuzug von Ausländern nach Deutschland (17%). Lediglich jeder sechzehnte Befragte (6%) ist der Ansicht, dass die Anwesenheit von Menschen aus anderen Staaten eine Belastung für das soziale Sicherungssystem seiner Heimat darstelle.

### III. Europa- und Kommunalwahl

Der dritte Block umfasst ein weiteres zentrales Thema des Lehrforschungsprojekts: die bevorstehenden Europa- und Kommunalwahlen. Im Fragebogen wurde zum einen abgefragt, ob an der jeweils letzten Wahl teilgenommen wurde, aber auch für wie wichtig die Befragten die bevorstehende Europa- und Kommunalwahl erachten. Hierzu wurde generell die Wichtigkeit beurteilt, aber auch welche Kriterien für die Wahlentscheidung von besonderer Bedeutung sind. Durch die Angabe der Wahrschein-

## Erste Ergebnisse der Befragungen 20 Jahre Unionsbürgerschaft. Fortschritte und Herausforderungen

lichkeit, an den kommenden Wahlen teilzunehmen, ist eine potenzielle Tendenz der Wahlbeteiligung möglich.

Nach eigener Aussage haben 47% der Befragten an der letzten Europawahl vor fünf Jahren teilgenommen. Tatsächlich betrug das amtliche Wahlergebnis der Europawahl im Duisburger Stadtgebiet nur 33,6%. An der letzten Kommunalwahl haben sogar 65,5% der Befragten teilgenommen, was ebenfalls deutlich über dem amtlichen Wahlergebnis des Jahres 2009 liegt (45,7%). Die Befragten wurden darum gebeten, auf einer Skala von 1 bis 10 die Wahrscheinlichkeit anzugeben, mit der sie am 25. Mai 2014 wählen gehen würden. Mehr als ein Drittel (36,4%) hat mit „10“ geantwortet, d.h., dass sie auf jeden Fall zur Wahl gehen würden. Lediglich 6% haben mit „1“ geantwortet, d.h., dass sie auf keinen Fall an der Wahl teilnehmen würden.

Da sowohl die Europa- als auch Kommunalwahl in Duisburg am selben Tag stattfinden werden, wurde nach der Wichtigkeit gefragt, die der jeweiligen Wahl beigemessen wird. Eine Mehrheit von 36% hält die Wahl zum Europäischen Parlament für wichtig, immerhin jeder fünfte Befragte (20%) stuft die Europawahl für sich persönlich als sehr wichtig ein. Während nahezu ein Viertel der Befragten (24%) die EU-Wahl als weniger wichtig einstuft, halten diese nur 8% für überhaupt nicht wichtig. Im Vergleich hierzu halten jeweils mehr als ein Drittel der Befragten die Kommunalwahl für sehr wichtig (35%) bzw. wichtig (36%). Weniger wichtig ist die Kommunalwahl 13% der Befragten. Lediglich 4% halten sie für überhaupt nicht wichtig.

Gefragt nach den Themen, die den Wahlkampf sowohl auf europäischer als auch kommunaler Ebene bestimmen sollten bzw. welche Themen den Befragten persönlich am wichtigsten sind, ergab sich eine interessante Überschneidung: Das Thema Integrations- und Einwanderungspolitik steht nicht nur an der Spitze der kommunalen Wahlkampfagenda (17%), sondern dominiert auch das Themenspektrum der Europawahl (11%).

Schließlich wurde versucht, diejenigen Kriterien ausfindig zu machen, die bei der Wahlentscheidung sowohl für die Europa- als auch Kommunalwahl ausschlaggebend sein werden. Von verschiedenen Kriterien konnten die Befragten mehrere nennen. Das am häufigsten genannte Wahlkriterium ist die Erfahrung der Kandidaten auf der kommunalen Ebene (25%) beziehungsweise in europäischen Angelegenheiten (22%). Die Persönlichkeit des Kandidaten ist für jeden Fünften (20%) bei der Europawahl entschei-

## **Erste Ergebnisse der Befragungen** **20 Jahre Unionsbürgerschaft. Fortschritte und Herausforderungen**

dend. Bei der Kommunalwahl gaben 22% diese Antwort. Erwähnenswert ist zudem, dass immerhin 15% der Befragten die Positionen der Parteien zur europäischen Themen als Kriterium ihrer Wahlentscheidung bei der Europawahl nannten und nur 3% die Parteipositionen zu nationalen Themen.

### **Kontakt**

#### ***Projektleitung***

Dr. Oliver Schwarz  
Universität Duisburg-Essen  
Institut für Politikwissenschaft  
Lotharstr. 65, LF 321  
47057 Duisburg  
(0203) 379 2039 (Durchwahl)  
(0203) 379 2022 (Sekretariat)  
(0203) 379 2318 (Fax)  
oliver.schwarz@uni-due.de  
<https://www.uni-due.de/unionsbuerger/>

#### ***Studentische Hilfskraft des Projekts***

Lea Santkiewitsch  
lea.santkiewitsch@stud.uni-due.de

Duisburg, den 21. April 2014